

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

17. WP - 22. Sitzung

am Mittwoch, dem 8. Dezember 2010, um 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vorsitzender
Hauke Göttsch (CDU)	
Niclas Herbst (CDU)	
Markus Matthießen (CDU)	
Heiner Rickers (CDU)	
Astrid Damerow (CDU)	i. V. v. Wilfried Wengler
Rolf Fischer (SPD)	
Anette Langner (SPD)	
Birte Pauls (SPD)	zeitw. vertr. d. Bernd Heinemann
Jens-Uwe Dankert (FDP)	
Gerrit Koch (FDP)	i. V. v. Kirstin Funke
Björn Thoroë (DIE LINKE)	
Lars Harms (SSW)	i. V. v. Anke Spoorendonk

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:

Seite

1. **Erhalt des neutralen Zugangs zum Internet – Netzneutralität**
2. **Mitteilung der Kommission: Schlussfolgerungen aus dem Fünften Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt: Die Zukunft der Kohäsionspolitik (KOM(2010) 642 endg.)**

3. **Mitteilung der Kommission: Überprüfung des EU-Haushaltes (KOM(2010) 700)**

4. **Abschiebung in das Kosovo aussetzen – Roma und Ashkali dürfen nicht in eine unzumutbare Situation abgeschoben werden!**

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und SSW
Drucksache 17/520

5. **Die Arbeit der Europaschulen in Schleswig-Holstein unterstützen**

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/592

6. **Umsetzung der Resolutionen des 8. Parlamentsforums Südliche Ostsee und der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz**

Antrag der Fraktionen von SPD und SSW
Drucksache 17/1013

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/1030

7. **Minderheiten- und Sprachförderung im kommunalen Bereich**

Gesetzentwurf der Fraktion des SSW
Drucksache 17/522

**8. Planung der auswärtigen Sitzung im deutsch-dänischen Grenzland am
30. März 2010**

9. Verschiedenes

Der Vorsitzende, Abg. Voß, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Erhalt des neutralen Zugangs zum Internet – Netzneutralität

hierzu: Umdruck 17/1645

Herr Dr. Weichert, Leiter des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz, trägt die Schwerpunkte seines Schreibens, Umdruck 17/1645, vor. Auf eine Frage des Abg. Fischer zu den Auswirkungen der Netzneutralität auf den Endnutzer betont Herr Dr. Weichert, dass zurzeit Endnutzer noch nicht benachteiligt würden. Eine Konsequenz einer zurückgehenden Netzneutralität könne aber sein, dass wenig datenschutzfreundliche und -konforme Unternehmen bevorzugt würden vor Unternehmen, die sich bemühten, rechtliche Datenschutzregelungen einzuhalten. Theoretisch bestünde auch die Möglichkeit, dass Google als Suchmaschinen-Monopolist den Zugriff auf andere Suchmaschinen erschwere oder abschalte.

Auf eine Frage des Abg. Thoroer zur Bereitstellung bestimmter Angebote für Endkunden betont Herr Dr. Weichert, dass sich Endkunden oft der Tatsache nicht bewusst seien, dass sie diskriminiert würden, weil keine Transparenz der Dienstleistung und des Transportes gewährleistet sei. Es sei eine Aufgabe des Gesetzgebers, mehr Transparenz zu fordern.

Auf eine Frage des Abg. Dankert führt Herr Dr. Weichert aus, es gehe einerseits um die Qualität der Dienste, zu der ein Mindeststandard gehöre und um Transparenz. Eine Mindestqualität sei derzeit aber noch nicht gegeben, zumal zurzeit noch die Erschließung des Mobilbereichs und des ländlichen Raumes durchgeführt werden müsste. Das Problem sei aber auf sehr datenintensive Dienste wie Videoportale beschränkt, von denen die Abhängigkeit der Verbraucher noch nicht so hoch sei.

Eine von Abg. Herbst angesprochene Bevorzugung bestimmter Länder im internationalen Kreis werde zurzeit vor allem durch eine unterschiedlich intensive Bereitstellung von Netzen vorgenommen, die natürlich auch auf ökonomische Interessen zurückzuführen sei.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Mitteilung der Kommission: Schlussfolgerungen aus dem Fünften Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt: Die Zukunft der Kohäsionspolitik (KOM(2010) 642 endg.)

hierzu: Umdruck 17/1577

Einleitend betont AL Augustin, dass St Maurus in Berlin zurzeit die Fragen der Kohäsionspolitik bei der Europaministerkonferenz in Berlin verhandele. Eine gemeinsame Stellungnahme der Länder solle auf Bundesebene entwickelt und dann später an die EU-Kommission weitergeleitet werden. Mit der Überprüfung des EU-Haushalts werde sich der Bundesrat beschäftigen. Die interessante jetzt zu diskutierende Frage sei, wie viel Geld zur Verfügung stehe, um einzelne Politiken zu finanzieren und welche Auswirkungen ein möglicher Zusammenbruch der Eurozone haben könne. Die zurzeit auf europäischer Ebene verhandelten Mitteilungen, zum Beispiel auch zur gemeinsamen Agrarpolitik, hingen alle miteinander zusammen und seien gemeinsam in die EU-2020-Strategie einzuordnen. Die Mitteilungen sollten dabei helfen, die in der EU-2020-Strategie festgelegten Ziele zu verwirklichen.

Im Kohäsionsbericht gehe es noch nicht um die Aufteilung der Mittel, sondern zunächst um die Architektur der Kohäsionspolitik. Wichtig sei die Konzentration auf wenige Kernprioritäten. Auf Schleswig-Holstein heruntergebrochen gehe es unter anderem um den europäischen Mehrwert. Wichtig sei, bei der Konzentration auf wenige Förderziele nicht die Flexibilität zu verlieren und die Eigenheiten des Landes zu berücksichtigen. Schwierig für das Land sei, wenn Projektmittel genutzt würden, um längerfristige Projekte anzuschieben, diese Projektmittel dann aber gekürzt würden. Mit Spannung erwarte man die Ergebnisse des kohäsionspolitischen Forums Ende Januar 2011, bei dem die Diskussion fortgesetzt werden solle.

Die Kommission habe sich in diesem Zusammenhang - so fährt AL Augustin fort - auch Gedanken über innovative Finanzierungsinstrumente gemacht, zum Beispiel sogenannte revolving Fonds. Wichtig für das Land Schleswig-Holstein seien die makroregionalen Strategien, die es bisher nur für die Ostsee- und für die Donauregion gebe. Ein für das Land wichtiges Projekt sei auch, die Makroregionen mit den Metro-Regionen wie zum Beispiel Hamburg stärker zu verbinden. Ein weiterer Aspekt sei, für die mittelfristig aus der Ziel-1-Förderung herausfallenden Regionen, zum Beispiel die ostdeutschen Länder, eine Übergangsförderung zur schaffen. Eine Förderung im Sinne der Ziel-2-Gebiete sei für Schleswig-Holstein nur begrenzt wünschenswert, da in diesem Bereich die Mittel unter einer Vielzahl von Empfängern

verteilt würden. In einem vor kurzem geführten Gespräch habe das Land die Zusage bekommen, dass das Ziel-3-Gebiet weiterhin gestärkt werden solle. In dem besagten Gespräch habe Herr Maurus auch auf die Schwierigkeiten von Beteiligten hingewiesen, an Fördermittel zu kommen, da die Abläufe sehr kompliziert seien. Es sei die Zusage gegeben worden, das Verfahren einfacher und zielorientierter zu gestalten.

Auf eine Frage des Abg. Thoroer erläutert AL Augustin, dass man in Zeiten knapper Kassen zunehmend alternative Finanzierungsquellen erschließen müsse, ein Weg dabei seien öffentlich-private Partnerschaften. Ziel sei, die Finanzierung von Projekten auf eine möglichst breite Basis zu stellen.

Im Hinblick auf die von Abg. Thoroer angesprochene Prioritätensetzung führt AL Augustin aus, dass neben von der Europäischen Union in dem Zusammenhang als wichtig angesehenen EU-2020-Strategie für Schleswig-Holstein auch regionalspezifische Punkte wie zum Beispiel die Ostsee-Strategie und die Partnerschaft mit Dänemark eine Rolle spielten. Im Moment befinde man sich insgesamt noch in der Diskussion mit der Europäischen Kommission. Ziel des Landes Schleswig-Holstein sei, die größtmögliche Flexibilität für das Land zu erreichen.

Auf eine Frage des Abg. Thoroer zur unsachgemäßen Verwendung von EU-Mitteln erläutert AL Augustin, dass es seiner Kenntnis nach nur zu wenigen Fehlallokationen gekommen sei. Es bestehe immer die Forderung nach Transparenz. In der Frage der Kontrolle der Ausgaben von EU-Mitteln hätten sich überwiegend die Generaldirektion Regionalpolitik gegenüber der Generaldirektion Haushalt durchgesetzt.

Auf eine Frage der Abg. Langner, welche Schwerpunkte Schleswig-Holstein in die gemeinsame Stellungnahme einbringe, führt AL Augustin aus, dass zum Beispiel im Bereich der makroregionalen Strategien Ziel des Landes Schleswig-Holstein sei, möglichst viele Mittel für die interregionale Zusammenarbeit mit Dänemark und die Ostsee-Strategie zu akquirieren. Dies sei unter den Bundesländern zurzeit noch umstritten, da andere Bundesländer befürchteten, gleichzeitig weniger Mittel zugewiesen zu bekommen.

Abg. Herbst betont, dass der Aspekt der Konditionalität eine wichtige Rolle spiele. Es müsse Bedingungen geben, die für alle verbindlich seien. Gleichzeitig dürfe Konditionalität nicht verwendet werden, um durch den Entzug von Mitteln für einzelne Regionen Nationalstaaten zu disziplinieren. - AL Augustin betont, dass das Land nicht für Fehler zur Rechenschaft gezogen werden dürfe, die an anderer Stelle begangen würden. Aus diesem Grund wende man sich gegen einen starren Sanktionsmechanismus. In dieser Hinsicht bestehe Konsens mit den anderen Bundesländern.

Im Zusammenhang mit einer Frage der Abg. Langner zu den eigenen von Schleswig-Holstein eingebrachten Positionen merkt AL Augustin an, dass aus Sicht der Landesregierung revolutionierende Fonds eine alternative Finanzierung darstellen könnten, allerdings gebe es beihilfe-rechtliche Aspekte zu prüfen.

AL Augustin betont, dass Schleswig-Holstein nur im Verbund mit anderen Ländern seine Wünsche bei der Bundesregierung vorbringen könne, die wiederum ihrerseits in Brüssel aktiv werde. Eine andere Möglichkeit sei, die Wünsche im Rahmen von Lobbyarbeit in Brüssel direkt vorzutragen, allerdings konkurriere man da alleine in Deutschland mit 15 anderen Regionen, europaweit mit noch sehr viel mehr Regionen. Ein klares Ziel sei, die Mittel, die Schleswig-Holstein bisher im Rahmen der Ziel-2-Förderung erhalten habe, weiterhin zu erhalten. Nach der Zuweisung der Mittel müsse auf Ressortebene entschieden werden, wie diese verteilt würden und ob Kofinanzierungsmittel im ausreichenden Maße zur Verfügung gestellt werden könnten.

Der Vorsitzende, Abg. Voß, betont, dass in Brüssel auch der europäische Mehrwert von zu fördernden Projekten dargestellt werden müsse, damit auf europäischer Ebene nicht der Eindruck entstehe, dass man nur das Geld bekommen wolle, ohne dafür entsprechende Projekte umzusetzen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Mitteilung der Kommission: Überprüfung des EU-Haushaltes
(KOM(2010) 700)**

hierzu: Umdruck 17/1494

Der gesamte EU-Haushalt - so merkt AL Augustin an - sei auf die Umsetzung der EU-2020-Strategie ausgerichtet. Weitere wichtige Punkte seien eine stärkere Flexibilisierung des Haushalts, die Strukturfondskohäsionspolitik, die europäischen Infrastruktur-Netze, die gemeinsame Agrarpolitik und die Forschungsförderung. Dass bis jetzt noch kein Haushalt für das Jahr 2011 aufgestellt worden sei, zeige, dass die Situation mit 27 Mitgliedsstaaten und entsprechend vielen unterschiedlichen Interessen immer schwieriger werde. Sollte es nicht gelingen, einen Haushalt für 2011 zeitnah aufzustellen, werde man monatsweise neue Haushalte aufstellen müssen, was jedoch keine Antwort auf die bevorstehenden Herausforderungen sein könne. Schleswig-Holstein müsse sich auf die Bereiche konzentrieren, in denen es eine wirkliche Expertise habe, zum Beispiel die EU-Kohäsionspolitik und die EU-Energiepolitik inklusive des Ausbaus der Netze. Wichtig sei ebenfalls die EU-Ostsee-Strategie und die interregionale Zusammenarbeit mit Dänemark und im Ostseeraum. Um die Interessen Schleswig-Holsteins zu wahren, müsste Lobbyarbeit betrieben werden, allerdings sitze Schleswig-Holstein selbst nicht am Verhandlungstisch. Auch bei der gemeinsamen Agrarpolitik versuche man, die Interessen Schleswig-Holsteins durchzusetzen.

Die Probleme, die es momentan in der Eurozone gebe - so fährt AL Augustin fort - seien in ihren Auswirkungen potenziell dramatisch, weil entweder Länder mit hohem finanziellen Aufwand gestützt werden müssten oder Märkte für schleswig-holsteinische Produkte wegbrächen. Es müsse eine Abwägung getroffen werden, was für Deutschland teurer sein könnte. Auszuschließend sei, dass die Europäische Union Schulden aufnehmen würden, weil sie das nach den bisher geltenden Verträgen nicht dürfe. - Auf eine Frage des Vorsitzenden führt AL Augustin aus, dass eine Veränderung in der Einnahmenpolitik der Europäischen Union eines einstimmigen Beschlusses bedürfe, der nicht zu erwarten sei. Insofern sei zum Beispiel mit der Erhebung einer Steuer für die Europäische Union nicht zu rechnen.

Abg. Thoroé bittet darum, über konkrete Projekte in Schleswig-Holstein informiert zu werden, die eventuell von der EU im Bereich der Erneuerbaren Energien gefördert werden könnten. Die Landesregierung sagt dies zu.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Abschiebung in das Kosovo aussetzen – Roma und Ashkali dürfen nicht in eine unzumutbare Situation abgeschoben werden!

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und SSW

Drucksache 17/520

(überwiesen am 21. Mai 2010 an den **Europaausschuss** und an den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdruck 17/1477

Abg. Fischer betont, seine Fraktion könne dem ersten Abschnitt des im Innen- und Rechtsausschuss vorgelegten Vorschlags zum Umgang mit dem Antrag, Umdruck 17/1477, nicht akzeptieren. Nach einer Diskussion kommt der Europaausschuss überein, die Empfehlung des Innen- und Rechtsausschusses, Umdruck 17/1477, zur Kenntnis zu nehmen.

Darüber hinaus empfiehlt der Europaausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, den Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und SSW, Drucksache 17/520, zur Ablehnung.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Die Arbeit der Europaschulen in Schleswig-Holstein unterstützen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/592

(überwiesen am 10. September 2010)

hierzu: Umdruck 17/1545

Abg. Langner bedankt sich beim Ministerium für die Darstellung zu den Kosten des Europa-referendariats. Sie betont dass vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage die Einführung zurzeit nicht sinnvoll sei. Auslandspraktika für an Europaschulen tätigen Lehrkräften seien aber sinnvoll, zum Beispiel an den deutschen Schulen im Ausland. Dies müsse jedoch nicht auf die deutschen Schulen im Ausland beschränkt bleiben. Eine Modifikation des Antrags, der dann zustimmungsfähig sein könnte, würde sie begrüßen.

Abg. Herbst schlägt vor, sich am Rande der nächsten Landtagstagung mit dem Thema zu beschäftigen und gegebenenfalls einen gemeinsamen Antrag zu entwerfen. Abg. Voß betont für seine Fraktion, dass aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Punkt mit den Reisekosten nicht zustimmungsfähig sei. - Er begrüßt den Vorschlag, sich am Rande der nächsten Landtagssitzung auf einen gemeinsamen Antrag zu einigen.

Herr Baier aus dem Bildungsministerium führt bezugnehmend auf eine Frage aus einer vergangenen Ausschusssitzung aus, dass die Höhe der Fördermittel einschließlich der Kompensationsmittel des Bundes 19.500 € betragen. Damit würden durchschnittlich 600 € pro Europaschule zur Verfügung stehen.

Im Hinblick auf die von dem Verein der Europaschulen vorgebrachten Idee der Einführung von Serviceagenturen zur Einwerbung von Mitteln der Europäischen Union betont Herr Baier, dass aus dem Vorschlag hervorginge, dass zunächst Kosten von 300.000 € für Personal und Sachkosten in Ansatz kämen. Um sich selbst zu tragen müsse die Agentur 1,15 Millionen € Fördergelder einwerben, Umdruck 17/1709.

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag im Januar wieder auf die Tagesordnung zu nehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Umsetzung der Resolutionen des 8. Parlamentsforums Südliche Ostsee
und der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz**

Antrag der Fraktionen von SPD und SSW
Drucksache 17/1013

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/1030

- Verfahrensfragen -

Nach einer Diskussion kommt der Ausschuss überein, die Punkte in den Fraktionen weiter zu beraten und die Vorlagen in der Januarsitzung des Ausschusses erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Minderheiten- und Sprachförderung im kommunalen Bereich

Gesetzentwurf der Fraktion des SSW
Drucksache 17/522

(überwiesen am 19. Mai 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Europaausschuss)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss beschließt, in der Februarsitzung eine mündliche Anhörung zu dem Gesetz-
entwurf durchzuführen. Als Anzuhörende eingeladen werden sollten die vom SSW benannten
Personen beziehungsweise Institutionen, Umdruck 17/1524.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Planung der auswärtigen Sitzung im deutsch-dänischen Grenzland am
30. März 2010**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass man bereits beim Beschluss, eine auswärtige Sitzung durchzuführen, überein gekommen sei, die Dänemarkstrategie der Landesregierung und die Bewerbung Sønderborgs als Kulturhauptstadt Europas in den Mittelpunkt der auswärtigen Sitzung zu stellen.

Abg. Fischer regt an, sich auch über die deutsch-dänische Polizeiarbeit informieren zu lassen.

Abg. Pauls schlägt vor, auch das grenzüberschreitende Gesundheitssystem zum Thema der auswärtigen Sitzung zu machen. Auch die Wirtschaftskompetenz in der Region könne bei dem Termin eine Rolle spielen.

Abg. Dankert regt an, auch Vertreter des Bundes deutscher Nordschleswiger zur Sitzung einzuladen.

Der Ausschuss beschließt, so zu verfahren.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Dankert schlägt vor, eine auswärtige Ausschusssitzung auf Fehmarn durchzuführen, um die Dänemarkstrategie dort vor Ort zu diskutieren.

Abg. Göttisch regt an, bei der Terminplanung für das erste Halbjahr 2011 so weit möglich darauf zu achten, dass sich die Ausschusstermine nicht mit den Terminen des Umwelt- und Agrarausschusses überschneiden.

Der Vorsitzende schlägt vor, den dänischen Botschafter zu einer Ausschusssitzung einzuladen, um sich über die Ziele und Vorstellung der ausstehenden dänischen EU-Ratspräsidentschaft berichten zu lassen. Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Der Vorsitzende kündigt an, dass eine Gruppe amerikanischer Austauschstudenten den Landtag am 4. Februar 2010 von 12 bis 14 Uhr besuchten. Von den Besuchern sei der Wunsch geäußert worden, sich auch mit Politikern zu unterhalten.

Der Vorsitzende, Abg. Voß, schließt die Sitzung um 12:10 Uhr.

gez. Bernd Voß

Vorsitzender

gez. Thomas Wagner

Geschäfts- und Protokollführer